



Putin stand unter innenpolitischem und ökonomischem Druck und nutzte die Gunst der Stunde.

REUTERS

# Putin braucht den Krieg, der Westen Reformen

*Der Kremlchef wird häufig als irrationaler Ideologe betrachtet. Es gibt aber Gründe, die seine Strategie des Machterhalts erklären – diese zeigen gleichzeitig auch die Einschränkungen, denen Putin unterworfen ist. Gastkommentar von Reiner Eichenberger und David Stadelmann*

Wer die Beendigung des Krieges in der Ukraine beschleunigen will, muss die Motive Wladimir Putins verstehen. In vielen Analysen werden konkrete Ziele ins Zentrum gestellt: die Abwehr einer vermeintlichen Bedrohung durch die Nato, das Streben nach territorialer Expansion oder gar die Rekonstruktion der Sowjetunion. Doch die moderne politische Ökonomik empfiehlt eine andere Sichtweise. Wie alle politischen Entscheidungsträger sollte auch Putin nicht als Ideologe oder Träumer verstanden werden, sondern als jemand, der seine Macht sichern und ausbauen will, dabei aber Einschränkungen unterworfen ist.

## Wie eine Zwangsjacke

Fünf zentrale Einschränkungen lassen sich identifizieren, die durch internationale Entwicklungen sowie Putins frühere Politik bedingt sind und seinen Weg in den Krieg begünstigten:

**Innere Struktur von Putins Regime:** Über mehr als zwei Jahrzehnte entwickelte sich Russland unter Putin zu einer autoritär-mafiösen Herrschaftsform, in der politische Macht und wirtschaftliche Ressourcen eng verflochten sind. Der Staat wurde zur Beute einer kleptokratischen Elite, die ihre Profite aus der Ausbeutung fossiler Energieträger zieht. Eine Rückkehr zu rechtsstaatlicheren, liberaleren Verhältnissen würde für sie Risiken bedeuten – nicht zuletzt, weil ihre Vermögen dann als illegal oder zumindest illegitim gelten dürften.

**Schwäche des russischen «Geschäftsmodells»** – der Ausbeutung fossiler Ressourcen: Infolge der westlichen Dekarbonisierungspolitik und des technologischen Fortschritts bei alternativen Energien sowie einer Renaissance der Kernkraft dürfte die Nachfrage nach Öl und Gas in Zukunft abnehmen. Das lässt mittelfristig die Preise für Rohöl und Gas sinken und schädigt das bisherige russische Geschäftsmodell. Ein Übergang zu einer innovationsgetriebenen Wirtschaft wäre nötig. Doch das erfordert Liberalisierung und Demokratisierung – eine Bedrohung für Putins Machtzirkel, dessen Reichtum auf Kontrolle von Staat und Wirtschaft basiert.

**Viele westliche Regierungen haben ihre wirtschaftliche Basis durch Überregulierung, Steuerlast und Schuldenpolitik stark ausgehöhlt.**

**Wirtschaftliches Aufblühen der Ukraine:** Ab 2015 bis zum Krieg wuchs die ukrainische Wirtschaft schneller als die russische. Für das autokratische Regime Russlands war das gefährlich – vor allem, weil es sich bei der Ukraine um ein kulturell und sprachlich verwandtes Land handelt. Eine aufblühende Ukraine drohte russlandintern als positives Gegenmodell wahrgenommen zu werden – demokratisch, wachsend, offen – und wäre der ideale Zufluchtsort für russische Unternehmer, Startups und die politische Opposition.

**Militärisches Erstarken der Ukraine:** Die Ukraine rüstete seit 2014 massiv auf. Während die deutsche Politik weiter an Putin zu glauben schien, wurde die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine dank Hilfe aus den USA und Grossbritannien schnell verbessert. Die Zeit spielte also gegen Putin. Je länger er mit einem Angriff wartete, desto schwerer würde es, militärisch zu obsiegen.

**Dynamik der geopolitischen Lage:** In den 2010er Jahren glaubten viele, China schaffe den Aufstieg zur Weltmacht allein. Doch das chinesische Modell des autoritär kontrollierten Kapitalismus stockt. Die Volksrepublik steckt in der «middle-income trap»: Weiteres echtes Wachstum ohne politische Reformen und Demokratisierung ist schwierig. Die völlig verfehlte Zero-Covid-Strategie verschärfte die ökonomischen Probleme zusätzlich. Das hat die internationale Machtbalance verändert. Um mit den USA gleichzuziehen, braucht nun China auch Putins Unterstützung, was diesem neue Handlungsspielräume eröffnete.

Der Krieg erscheint aus dieser Perspektive nicht als Abenteuer Putins, sondern als logischer Schritt. Putin stand unter innenpolitischem und ökonomischem Druck. Gleichzeitig bot sich ihm eine strategische Gelegenheit: eine Ukraine, die militärisch noch verwundbar war, ein durch enorm teure Covid- und Klimapolitik finanziell ausgebluteter Westen und ein China, das ihm Auswege aus der Isolation bot. Der Kreml-Herrscher hätte sich sicher einen schnellen Sieg gewünscht, um die Ukraine dann in einen Vasallenstaat zu verwandeln. Dass dies misslang, dürfte ihn weniger überrascht haben als viele westliche Kommentatoren. Der Krieg war von Beginn an doppelt

angelegt: als Option auf schnellen Sieg – und als Ausgangspunkt für einen langen Konflikt. Ein lang andauernder Krieg dient mehreren Zwecken: Er rechtfertigt die Repression innerhalb Russlands, erlaubt die Begünstigung und Ruhigstellung des Militärs und stärkt die Rolle des Regimes. Der militärisch-industrielle Komplex verschafft dem Regime und seiner Entourage neue Einnahmequellen. Der Krieg ist somit auch Geschäftsmodell. Das gilt indes leider nicht nur für Russland. Auch in der Ukraine erstarkt ein militärisch-industrieller Komplex, der – derzeit noch verständlich – immer mehr Ressourcen bindet, aber eben auch langfristige politische Entscheidungen beeinflusst und die Demokratisierung des Landes gefährden könnte. Allgemein gilt: Je länger Kriege dauern, desto grösser wird der innenpolitische Einfluss von Kriegsspezialisten und -profiteuren.

## Die Brandbeschleuniger

Kurzfristig bis mittelfristig wirken die Sanktionen gegen Russland paradox: Sie stärkten Putins Macht. Güterknappheit und wirtschaftlicher Druck machen die Bevölkerung abhängiger vom Regime. Gleichzeitig konnten sich regimenahe Akteure durch Übernahme westlicher Unternehmen bereichern. Erst langfristig entfalten die Sanktionen ihre destruktive ökonomische Wirkung: Die russische Wirtschaft verliert an Innovationskraft, die Kapitalflucht steigt, der Investitionsrückstand wächst. So werden Putins Optionen, den Krieg weiterzuführen, verändert. Für Hightech-Waffen werden die Ressourcen knapp, aber mit der Abnahme der realen Kaufkraft wird es einfacher, Soldaten zu rekrutieren und ihr Leben für die Zwecke des Regimes zu missbrauchen.

Die Sanktionen «zwingen» Russland zu einer Verlagerung seiner Handelsströme – insbesondere nach China und in andere Länder des globalen Südens. Diese strategische Umpolung stärkt die Kontrolle des Regimes über Exporte und Importe. Zudem fördert sie die geopolitische Allianz mit Chinas Regierung, die für beide Seiten lukrativ und für den Westen bedrohlich ist. In Washington scheint man sich dieser Dynamik nunmehr bewusst. Die USA haben zwei Optionen: entweder Russland mit Zuckerbrot in Form von Zugeständnissen aus der Allianz mit China lösen oder, die Peitsche, Europa zu grösserer militärischer Eigenverantwortung drängen, um sich selbst auf Asien konzentrieren und so Russland isolieren zu können. Die Trump-Administration versucht beides, wobei eine militärisch eigenständigere EU bestenfalls ein Langzeitprojekt ist.

Auch Putins Dilemmata bleiben bestehen: Er braucht den Krieg zur Machtsicherung. Ein verlorener Krieg würde seine Legitimität in Russland untergraben. Für den Westen scheint eine geopolitische Isolierung Russlands nach nordkoreanischem Vorbild verlockend, birgt aber Gefahren: Sie stabilisiert autokratische Herrschaft eher, als dass sie sie untergräbt. Die strukturellen Zwänge, die Putin zum Krieg bewegen, lassen sich auch nicht einfach aufheben. Ein Abbau der Unterstützung der Ukraine wäre sicherheitspolitisch fatal. Die Ukraine am Aufblühen zu hindern, wäre absurd. Innerhalb des Westens die Dekarbonisierung zu bremsen, ist in der EU klimapolitisch schwer denkbar, auch wenn dies ökonomisch und sicherheitspolitisch womöglich geboten wäre.

Was also tun? Die Antwort beginnt mit Selbstreflexion. Der Westen hat mit dem demokratischen Kapitalismus das überlegene System. Die USA, Europa, Japan, Südkorea, Australien und andere Verbündete vereinen über 1,1 Milliarden wohlhabende Bürger. Dagegen sind Russland mit 0,14 Milliarden deutlich ärmeren Einwohnern und China mit 1,4 Milliarden nur rund einen Drittel so reichen Einwohnern arme Zwerge. Doch die westliche Stärke muss mobilisiert werden.

Viele westliche Regierungen haben ihre wirtschaftliche Basis durch Überregulierung, Steuerlast und Schuldenpolitik stark ausgehöhlt. Gerade in Europa fehlt es an Wachstumsimpulsen. Glaubwürdige militärische Abschreckung bedingt starkes wirtschaftliches Wachstum. Ausgaben durch Mehrverschuldung bringen keine glaubwürdige militärische Schlagkraft, denn der Gegner weiss, dass da bald die Luft ausgeht. Zudem genügt es nicht, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Sie müssen effektiv auf den Boden, aufs Wasser und in die Luft gebracht werden. Es muss die richtige Ausrüstung gekauft werden, und die Soldaten müssen gut ausgebildet und motiviert werden.

Politische Entscheidungsträger, die über Jahrzehnte hinweg zur Aushöhlung der westlichen Armeen beigetragen und finanzielle Mittel in eigene politische Projekte umgelenkt haben, werden nicht so ohne weiteres den Wiederaufbau schlagkräftiger Streitkräfte ermöglichen. Mehr Schulden allein werden daher keineswegs ausreichen. Notwendig sind vielmehr tiefgreifende institutionelle und strukturelle Reformen, die Effizienz, Innovationskraft sowie Vertrauen stärken und damit auch die Voraussetzung für dauerhaft hohe Wachstumsraten schaffen, um die Finanzierung der Verteidigung zu sichern.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema; David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, Research Fellow bei Crema und beim Ostrom Workshop (USA).